

Antrag der Fraktion der CDU

Schlichtbauten abreißen – Neubau als Chance verstehen

In Walle (Holsteiner Straße 165 bis 2015a), Oslebshausen (Reihersiedlung) und Sebaldsbrück (Am Sacksdamm/Alte Landwehr) stehen ca. 200 Schlichtwohnungen. Derzeit bestehen laut Vonovia noch 44 Mietverhältnisse in den oben genannten Schlichtsiedlungen, die restlichen Wohnungen stehen leer, weil sie nicht mehr bewohnbar sind oder weil sich die Mieter durch Vermittlung der Eigentümer bereiterklärt haben, eine neue Wohnung zu beziehen.

Die Schlichtwohnungen verfügen weder über eine Gas- oder Heizversorgung. In vielen Wohnungen fehlen zeitgemäße sanitäre Anlagen. Ein menschenwürdiges Leben ist in den zum Teil ausgebrannten Wohnungen nicht möglich.

Derartige Wohnverhältnisse müsste es in Bremen nicht geben, hätte der rot-grüne Senat in den vergangenen Jahren mehr Geld in den Sozialwohnungsbau investiert. In der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“ (Drs. 18/1093) hat der Senat zugegeben, dass er zwischen 2007 und 2012 von den Ausgleichszahlungen des Bundes für Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus keine neuen Sozialwohnungen gefördert hat.

Die Bereitschaft der Mietparteien auf das jüngst bekanntgewordene Angebot der Vonovia einzugehen ist groß, viele haben sich in ersten Gesprächen bereit erklärt, ihre Mietverträge einvernehmlich zu kündigen und stattdessen in eine andere Wohnung zu ziehen. Das positive Signal der Vonovia, den Mietparteien adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, muss umgesetzt werden. Der Abriss kann als Chance verstanden werden, die Mieter in menschenwürdige Wohnungen unterzubringen und die angrenzenden Wohngebiete aufzuwerten. Allerdings darf Obdachlosigkeit nicht der Preis von Abriss und Neubau sein.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft befürwortet den Abriss der menschenunwürdigen, zum Teil ausgebrannten und leerstehenden Gebäudekomplexe Holsteiner Straße 165 bis 2015a, Am Sacksdamm/Alte Landwehr und Reihersiedlung und den geplanten Neubau auf ebendiesen Flächen.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Gespräch mit Vonovia zu suchen und sich für adäquaten Wohnraum der betroffenen Menschen und Familien einzusetzen.

Silvia Neumeyer, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU